

553

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 17. Dezember 1973

Blatt 2432

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Fortsetzung der Budgetdebatte (Geschäftsgruppe IV, Soziales und Gesundheit, Stadtrat Dr. Alois Stacher, Geschäftsgruppe V, Stadtgestaltung und Verkehr, Stadtrat Ing. Fritz Hofmann)

53 neue medizinisch-technische Assistenten

6,5 Millionen für Fußgängerzonen

Lokal: Prokopius Diwisch zum Gedenken  
Badefreuden durch Hochwasserschutz  
Doppeljubiläum der Wiener Städtischen Versicherung  
26 Zentimeter Schnee in Wien

Wirtschaft: Zusätzliche Fahrzeuge für die Verkehrsbetriebe

Kulturdienst: Überreichung der Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Fortsetzung der Budgetdebatte=====  
(Soziales und Gesundheit)

Wien, 17.12. (RK) Der dritte Tag der Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat begann Montag mit dem Kapitel Soziales und Gesundheit. Berichterstatter Stadtrat Dr. Alois Stacher (SPÖ) bezifferte die in seinem Ressort für 1974 zur Verfügung stehenden Budgetmittel mit 5.173,514.600 Schilling.

Im Bereich der sozialen Dienste - Heimhilfe, Hauskrankenpflege, Familienhilfe und "Essen auf Rädern" - ist eine Erhöhung gegenüber dem Jahr 1973 um fast zehn Millionen S - das ist eine Steigerung um etwa ein Drittel - vorgesehen. Wie der Stadtrat ausführte werden im Rahmen der Heimhilfe und Hauskrankenpflege zur Zeit rund 1.400 Personen betreut, doch müßte mit einer weiteren Steigerung für das Jahr 1974 gerechnet werden. Durch die Aktion "Essen auf Rädern" werden täglich 4.500 Personen mit einer warmen Mahlzeit versorgt. Wie Dr. Stacher dazu betonte, ermöglichen es diese Dienste einer großen Zahl betagter Menschen, trotz ihrer Gebrechlichkeit in ihrem eigenen Heim zu bleiben. Weiter sei geplant, auch die übrigen sozialen Dienste für betagte Wienerinnen und Wiener, die Pensionistenklubs, die Landaufenthaltsaktion, Ausflüge, und die heuer neu eingeführten "Fahrten ins Grüne", auf Grund des starken Interesses im kommenden Jahr noch weiter auszubauen.

Was die Sozialhilfe betrifft, so wurden die Mittel für Aushilfen um mehr als hundert Prozent auf 23,5 Millionen S erhöht. Diese große Steigerungsrate ist vor allem auf die Auswirkungen des am 1. März 1973 inkraft getretenen Wiener Sozialhilfegesetzes zurückzuführen. Die dadurch wesentlich erhöhten Leistungen kommen vor allem kinderreichen Familien, aber auch alleinstehenden Müttern sowie alten Menschen, die durch unerwartete finanzielle Ausgaben in eine Notlage geraten sind, zugute. Auch die Behindertenhilfe wurde von 13,8 auf 18,1 Millionen für das Jahr 1974 erhöht. Damit können vor allem die Leistungen im Rahmen der Beschäftigungstherapie erleichtert werden.

Im Rahmen des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsfürsorge kündigte Dr. Stacher für das kommende Jahr Röteln-Schutzimpfungen

bei den 13jährigen Mädchen in den Schulen an. Diese Impfungen erfolgen auf freiwilliger Basis ohne vorherige Röteln-Antikörperbestimmung und werden von den Schulärzten durchgeführt.

Für die Durchführung von Sehtests in den ersten Volksschulklassen und versuchsweise in Kindergärten wurde ebenso Vorsorge getroffen, wie für ein erweitertes Programm in den Gesundenuntersuchungsstellen.

Als ein echtes Problem bezeichnete der Stadtrat den Personal-mangel, vor allem Schwesternmangel, in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten. Das "Defizit" wird 500 Planposten betragen. Was die Situation im laufenden Jahr betrifft, so mußten 2.141 Krankenschwestern durch Stationsgehilfinnen ersetzt werden, wobei 450 Pflegepersonen und über 1.600 Haus- und Küchenbedienstete Ausländer waren. Zum ersten Mal sind dieses Jahr, auf Grund des novellierten Krankenpflegegesetzes, die Krankenpflegeschulen vollbesetzt, so daß eine gewisse Entspannung der Lage in den nächsten Jahren zu erhoffen ist.

Zu den Krankenanstalten: Die veranschlagten Ausgaben ohne Investitionen belaufen sich auf 2.785 Millionen S, während die Investitionen auf dem Bausektor mit rund 482 Millionen S veranschlagt sind. Von dieser Summe werden 318 Millionen für das Allgemeine Krankenhaus, davon 290 Millionen als Anteil der Stadt Wien für den Neubau bereitgestellt. Zu erwähnen ist noch, daß für den Ausbau des medizinischen Rechenzentrums, dessen Kosten von der Stadt Wien und vom Bund je zur Hälfte getragen werden, 1.450.000 S vorgesehen sind. Für den Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung werden im Jahr 1974 60 Millionen bereitgestellt. Was die psychiatrischen Krankenhäuser der Stadt Wien betrifft, so werden diese insgesamt über 3.800 Betten verfügen. In diesem Zusammenhang wies der Stadtrat besonders darauf hin, daß die Entwicklung neuer medizinischer Erkenntnisse zu einem Strukturwandel der früher "Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke" genannten Krankenhäuser zu echten Krankenanstalten geführt habe.

Pflegeheime: Der Bettenstand wird 6.428 Betten betragen, die allerdings infolge umfangreicher Zu- und Umbauten nicht voll ausgenutzt werden können, so daß voraussichtlich nur 5.800 Betten zur Verfügung stehen werden. Dieser Mangel mache sich stark bemerkbar, da im laufenden Jahr bereits durchschnittlich 970 Aufnahme-

anträgen nicht sofort entsprochen werden konnte. Dies wirke sich auf der anderen Seite auf die benötigte Zahl von Akutbetten aus und bringt eine medizinisch, oft nicht gerechtfertigte längere Aufenthaltsdauer mit sich. Viele Patienten bleiben nämlich in den Akutkrankenhäusern bis sie ein Bett in einem Pflegeheim bekommen. Der Stadtrat sprach sich in diesem Zusammenhang für eine forcierte Umgestaltung der großen Krankensäle in kleinere Krankenzimmer aus, um damit den alten und kranken Mitbürgern ihren Aufenthalt im Pflegeheim möglichst angenehm zu gestalten.

Abschließend kündigte er für das kommende Jahr die Durchführung einer Bestandsaufnahme an, um neue Wege zu finden, damit allen Wiener Bürgern in absehbarer Zukunft, die maximal mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Dies sei besonders bei den Alterskrankenhäusern und Pflegeheimen erforderlich. "Generell gesehen erscheint mir aber eine Umstrukturierung des Spitals- und Gesundheitswesens ebenso notwendig wie das nahtlose Ineinandergreifen von Gesundheitswesen und sozialer Hilfe. Durch die Neuaufgliederung der Ressorts ist hier ein wesentlicher Schritt zur Vereinfachung getan worden. Es wird in nächster Zeit unsere Aufgabe sein, klare Pläne und Schwerpunkte zu erarbeiten und dafür in Zukunft auch die finanziellen Mittel bereitzustellen", meinte er wörtlich.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

### 53 neue medizinisch-technische assistenten

3 wien, 17.12. (rk) in den naechsten tagen werden 53 neue medizinisch-technische assistenten ihren laboratoriumsdienst in den verschiedenen staedtischen spitaelern antreten. im allgemeinen krankenhaus fand die diplomfeier fuer die absolventen der dortigen medizinisch-technischen schule statt: 52 maedchen und ein junger mann erhielten aus der hand von gesundheitsstadtrat dr. alois s t a c h e r ihre diplome. sieben davon haben ihre mehr als zweijaehrige ausbildung mit auszeichnung bestanden. in den naechsten tagen werden weitere diplomfeiern im lainzer krankenhaus und im preyer'schen kinderspital stattfinden, bei denen insgesamt 33 diplomkrankenschwestern und 15 radiologisch-technische assistentinnen ihre diplome erhalten werden.

bekanntlich hat heuer auf grund der neuen krankenpflegegesetznovelle (mindestausbildungsalter 15 jahre) ein ''run'' auf den krankenpflegeberuf eingesetzt. dies fuehrte dazu, dass erstmals seit zehn jahren saemtliche ausbildungsplaetze belegt sind und sogar zusaetzliche plaetze - u.a. wurde im elisabethspital eine eigene schwesternschule in betrieb genommen - geschaffen werden mussten.

wie stadtrat dr. stacher in diesem zusammenhang erklarte, koenne es bei anhalten dieses erfreulichen trends schon in den naechsten jahren zu einer merklichen reduzierung des gegenwaertigen schwesternmangels kommen. gegenwaertig sind im krankenpflagedienst der staedtischen spitaeler 6.700 planposten vorgesehen. davon sind derzeit etwa 4.200 mit diplomierten schestern und ueber 2.400 mit stationsgehilfinnen besetzt. 722 dieser schwestern sind auslaenderinnen, rund die haelfte davon kommt aus jugoslawien.

L o k a l :

=====

## prokopius divisch zum gedenken

4 wien, 17.12. (rk) auf den 21. dezember faellt der 200. todes-  
tag des naturforschers dr. prokopius d i v i s c h .

prokopius divisch wurde am 1. august 1696 zu senftenberg (zamberk), einer etwa 50 km suedoestlich von koeniggraetz gelegenen kleinen stadt, geboren. seine gymnasialstudien absolvierte er zuerst am jesuitenkolleg zu znaim, dann am praemostratenserstift klosterbruck. am 30. november 1720 trat er selbst in dieses kloster ein und beschaeftigte sich neben seiner theologischen ausbildung auch mit dem studium der naturwissenschaften.

1726 wurde er zum priester geweiht, war anschliessend als professor der philosophie, nach einem jahr auch der theologie in klosterbruck taetig und erlangte am 5. august 1733 an der theologischen fakultaet der universitaet salzburg den dokortitel. bis 1741 war divisch als pfarrer in brenditz, einem in der naehe von znaim gelegenen dorf, taetig: 1742 bis 1745 war er prior in klosterbruck. nach seiner rueckkehr nach brenditz beschaeftigte sich divisch neben seiner taetigkeit als geistlicher vor allem mit der hydro-mechanik, der chemie, der akustik, dem musikinstrumentenbau, im besonderen aber mit der elektrizitaet. er wurde bald bekannt und folgte mehrmals einladungen franz stephans von lothringen nach wien, wo er diesem und der kaiserin maria theresie experimente aus der elektrizitaetslehre vorfuehrte.

am 15. juni 1754, d.h. 15 jahre vor den beruehmt gewordenen versuchen benjamin franklins, stellte divisch im garten seines pfarrhofes einen von ihm als ''wetterleiter'' bezeichneten blitz-ableiter auf. sein 1755 unterbreiteter vorschlag, seine erfindung an vielen stellen zwecks verhuetung von blitzschaeden anzuwenden, wurde allerdings auf grund der damals von franz stephan eingeholten gutachten abgelehnt. divischs eigenes geraet wurde von den unwissen-

den bauern zerstoert, weil sie glaubten, dieses trage an der trockenheit des sommens 1756 schuld.

neben der physik galt divischs interesse auch der musik. so baute er ein mit 790 saiten versehenes instrument, auf dem der klang verschiedener blas- und saiteninstrumente (bis zu 130 mutationen) imitiert werden konnte und das wie eine orgel bespielt wurde. in abwandlung seines eigenen namens nannte es divisoh ''denis d'or''.

divisch verstarb am 21. dezember 1773 zu brenditz. die stadt wien ehrte sein andenken durch die benennung einer gasse im 21. bezirk.

0853

L o k a l :

=====

## badefreuden durch hochwasserschutz

5 wien, 17.12. (rk) im kommenden sommer werden die arbeiten fuer das wiener hochwasserschutzprojekt der wiener bevoelkerung bereits badefreuden beschieren: der bis dahin fertiggestellte teil des entlastungsgerinnes in einer laenge von 500 meter soll den erholungssuchenden zum wildbaden zur verfuegung stehen, gab stadt-rat ing. fritz h o f m a n n bei der letzten sitzung des gemeinderatsausschusses fuer stadtgestaltung und verkehr bekannt. das ausgebagerte bett des kuenftigen entlastungsgerinnes wird vom grundwasser gefuelllt sein. zudem ist beabsichtigt, in notwendigem ausmass sanitaere einrichtungen und eventuell provisorische parkplaetze zu schaffen.

0855



l o k a l :

=====

## doppeljubilaeum der wiener staedtischen versicherung

6 wien, 17.12. (rk) das kommende jahr bringt fuer die wiener staedtische gleich zwei jubilaeen: die gruendung der ''staedtischen'' als lebens- und rentenversicherung fand vor 75 jahren anlaesslich des kaiser franz josef-jubilaeumsjahres statt. aus der spaeter erfolgten fusion mit der ''wechselseitigen brandschaden'', die vor 150 jahren in wien gegrueudet wurde, ergibt sich das zweite jubilaeum. ihr rasches und ununterbrochenes wachstum beweist, dass die staedtische es immer verstanden hat, den erfordernissen wirtschaftlich so divergierender zeiten gerecht zu werden.

mit einer fotoausstellung im foyer des ringturmes beginnen die jubilaeumsaktivitaeten. die ausstellung wird von der fotogruppe ringturm bestritten, der unter anderem zwei staatsmeister, fred radler und karl schremser, angehoren. sie ist vom 7. bis 31. jaenner 1974 frei zugaenglich.

1003

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Soziales und Gesundheit  
=====

Wien, 17.12. (RK) GR. Krenn (FPÖ) stellte eingangs fest, daß der Grundsatz der Sparsamkeit auch im Gesundheitsressort Geltung haben sollte. In diesem Zusammenhang sprach er sich für eine Vergrößerung der Zahl der Klassenbetten in den Spitälern aus. Ebenso sollten die, seiner Meinung nach, derzeit viel zu niedrigen Kostensätze der Sozialversicherungsträger ehestens überprüft werden. Krenn richtete auch eine Anfrage an Stadtrat Dr. Stacher, wie hoch die Einnahmehausfälle im Bereich des Anstaltenamtes derzeit sind.

Zu den Privatspitälern: Hier urgierte der Debattenredner eine kräftigere Förderung. Mit ihrem Angebot von 4.000 Betten seien die Privatanstalten ein integrierender Bestandteil des Gesundheitswesens. Desgleichen sprach er sich für stärkere Förderungsmaßnahmen zur Niederlassung von praktischen Ärzten und Zahnärzten aus, wobei er in diesem Zusammenhang die Anfrage stellte, in welchem Ausmaß diese Maßnahmen künftighin erfolgen werden.

Zu den Krankenanstalten: Hier wurde jahrelang nur geplant, baulich jedoch wenig realisiert, das zu einer Vermehrung der Bettenzahl geführt hätte. Mit Bedauern stellte er fest, daß es nach wie vor in Wien kein entsprechendes Anstaltenkonzept gäbe.

In einem Antrag forderte er namens seiner Fraktion die forcierte Planung und den forcierten Bau von geriatrischen Krankenabteilungen. Wie er meinte, sei der Fall Dr. Kars symptomatisch für die derzeitige Situation auf dem Gebiet der Altersversorgung in Wien. Abschließend stellte er einen Antrag, demzufolge die vorgesehenen Mittel für bauliche Herstellungen von 42 Millionen auf 200 Millionen erhöht werden sollten. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages werde seine Fraktion den Budgetentwurf ablehnen.

Dr. Maria Flemming (ÖVP) kritisierte die zu gering dotierten finanziellen Mittel für den Heimhilfedienst und sprach sich für einen stärkeren Ausbau der Hauskrankenpflege aus. Auch sie kam auf den Fall Dr. Kars zu sprechen, wobei sie den Umstand aufzeigte,

daß es in Wien derzeit 626.000 Personen gäbe, die über 60 Jahre alt und zum Teil hilflos sind. Dem gegenüber stehen nur 8.000 Plätze in Altersheimen und 2.000 in Pensionistenheimen zur Verfügung.

GR. Johanna Dohnal (SPÖ) betonte, daß jeder Wiener im Alter ein Recht auf Betreuung habe. Dies sei auch Grundsatz der sozialen Heimdienste. Dohnal verwies auf die Tatsache, daß die Pensionsversicherung außerordentlich ausgebaut wurde und daß es die Sozialistische Partei sei, die seit eh und je hinter den alten Menschen stehe.

Die Rednerin plädierte für einen weiteren Ausbau der Hauskrankenpflege. Freilich bedürfe es dazu einer Abänderung des Krankenpflegegesetzes, so daß künftig auch diplomierte Schwestern - in Zusammenarbeit mit dem Hausarzt - Injektionen geben können. Der Ärztenotdienst sollte durch den Einsatz weiterer Funkwagen verstärkt werden.

Schließlich sei es generell notwendig, daß noch mehr Menschen freiwillig Besuchsdienste bei Pflegebedürftigen übernehmen. Im 2. Bezirk habe man hier schon einen guten Anfang gemacht.

GR. Matza (ÖVP) unterstrich, daß bei den städtischen Krankenanstalten bereits erhebliche Verbesserungen erzielt werden konnten, daß jedoch durch Geld- und Personalmangel noch manche Wünsche offen bleiben. Das Pflegepersonal müsse heute auch vielfach Hilfsdienste und ein Übermaß an Schreibarbeit erledigen. Von Nachteil sei es, daß die Spitäler noch immer in die Kameralistik eingebaut seien und nicht wie moderne Betriebe mit entsprechendem Management geführt würden.

Matza kritisierte ferner, daß der enorme Mangel an Geriatriebetten noch keinen Niederschlag im Voranschlag gefunden habe.

Der Redner forderte schließlich die Abschaffung jenes "unmenschlichen Paragraphen 144" des ASVG, wonach die Sozialversicherung für unheilbar Kranke nicht aufkomme.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) sah zunächst in der Zusammenlegung des Gesundheits- und Sozialressorts einen Widerspruch zu der Entscheidung, wie sie durch die SP-Regierung auf Bundesebene getroffen worden war.

Generell forderte die Rednerin, daß dem "Gott Jugend nicht alles und jedes zu opfern" sei. Zur Verbesserung der Betreuung der alten Menschen habe die ÖVP-Fraktion schon viele bisher nicht berücksichtigte Alternativanträge gestellt. So werde beispielsweise seit Jahren die Umwandlung des Pflegeheimes Lainz in ein geriatrisches Krankenhaus gefordert.

An Stadtrat Dr. Stacher stellte Frau Härtel mehrere Fragen:

1. Wie steht es mit der Auswertung und dem Resultat der von Stadträtin Jacobi initiierten Befragungsaktion?

2. Wieviele geriatrische Abteilungen wurden - entsprechend der Ankündigung von Gesundheitsminister Leodolter - in den städtischen Spitälern geschaffen?

3. Wieviele Krankensäle wurden bereits zu kleineren Einheiten umgebaut?

Schließlich brachte die Rednerin zwei Anträge ein. Der eine fordert die Schaffung eines Wäscheabhol- und Zustelldienstes in Koordinierung mit "Essen auf Rädern". Der zweite Antrag verlangt die Umwandlung des sozialen Notrufes in einen ständigen Bereitschaftsdienst. Um jene Pflegebedürftigen, die kein Telefon haben, raschest betreuen zu können, sollten die Bezirkssozialreferenten Postkarten ausschicken, auf denen im Notfall Hilfe angefordert werden könne.

GR. Windhab (SPÖ) wandte sich gegen die Änderungswünsche zum ASVG. So könnten zum Beispiel nach der 29. Novelle die Krankenkassen bereits weitgehend für Vorsorgeuntersuchungen herangezogen werden. Die Ausgleichszulagerichtsätze hätten sich seit 1956 von 33 Prozent des Durchschnittseinkommens eines männlichen Arbeiters auf 47 Prozent erhöht und würden 1974 bereits rund 50 Prozent betragen.

In einer spontanen Wortmeldung nahm Stadtrat Lehner (ÖVP) Bezug auf verschiedene von GR. Dinhof (SPÖ) in der Wirtschaftsdebatte gemachten Äußerungen, wobei er ihm "grobe Unwissenheit" vorwarf. Zum Vorwurf, ÖVP-Stadträte hätten nur mehr oder weniger mitgearbeitet, meinte er, gerade unter Stadtrat Dr. Glück wären einige wesentliche Dinge im Gesundheitsressort, wie zum Beispiel die Installierung der Gesundenuntersuchungsstellen, der Baubeginn für das neue AKH und vieles andere mehr geschehen. Ebenso wies er den Vorwurf zurück, daß die erste Initiative des ÖVP-Gesundheitsstadtrates bezüglich des Sozialmedizinischen Zentrums erst 1973 ergriffen wurde.

Die ersten Planungsarbeiten dazu wären bereits 1961 aufgenommen, der Grundsatzbeschluss 1965 gefasst worden. Wie dringend der Bau des Zentrums bereits sei, könne an dem Umstand gemessen werden, daß für die 180.000 Bewohner in Floridsdorf derzeit lediglich 250 Betten im Floridsdorfer Krankenhaus bereit stünden. Die Verzögerung sei seiner Meinung nach lediglich auf die bisher zu gering dotierten Mittel zurückzuführen. Zum Krankenpflegepersonal: Auf Grund der niedrigen Verpflegsquote gebe es nach wie vor Mängel bei der Verpflegung der Krankenschwestern. Ebenso gebe es nach wie vor finanzielle Diskriminierungen beim Krankenpflegepersonal. Zur Person des neuen Stadtrates meinte er, die Zeit des Einarbeitens sei nunmehr vorbei, es gelte zu handeln. Dem vorliegenden Budgetentwurf werde seine Fraktion erstmals nicht zustimmen.

GR. Dinhof (SPÖ) wies die Vorwürfe seines Vorredners zurück. Er habe die ÖVP-Stadträte in seinen Äußerungen niemals diskriminiert. Allerdings stehe er dazu, daß es innerhalb der letzten vier-einhalb Jahre keinerlei Initiativen seitens des ÖVP-Gesundheitsstadtrates gegeben habe, um den Bau des Krankenhauses Ost zu forcieren. Gesundheitspolitik sei nicht nur eine Frage des Geldes, sondern es komme auch darauf an, wie man die diversen Institutionen führt.

Zu heftigen Zwischenrufen kam es am Beginn des nächsten Debattenbeitrages. GR. Gawlik (SPÖ) warf der ÖVP-Fraktion vor, in ihren Debattenbeiträgen lediglich Polemik geübt zu haben. Die Anträge bezeichnete er als sogenannte "Alibi" - beziehungsweise "Nachhink"-Anträge. Dies sei jedoch nichts Neues. Vordringlichste Aufgabe in der nächsten Zeit müßte es seiner Meinung nach sein, das Image der alten Menschen zu verbessern und dabei sollten alle mithelfen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen befaßte er sich mit dem Rechnungshofbericht, wobei er in diesem Zusammenhang der gesamten ÖVP-Fraktion "Betriebsblindheit" vorwarf. Vieles von dem dabei Angeführten hätte längst schon reformiert werden können, doch sei ja seit 1959 Stadtrat Dr. Glück für das Gesundheitsressort verantwortlich gewesen.

Zur Altersheimkommission: Daß die aus dem Jahre 1949 stammende und nur aus Verboten und Geboten bestehende Hausordnung mittlerweile vermenschlicht wurde, sei keinesfalls das Verdienst des bisherigen Gesundheitsstadtrates, sondern dieser Kommission gewesen (GR. Zörner ÖVP: "Sie messen mit zweierlei Maßen"!).

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen befaßte sich Gawlik sehr eingehend mit der Behindertenhilfe. Die von der Stadtverwaltung installierten Einrichtungen seien beispielgebend. Dies gelte im besonderen für den sogenannten "geschützten Wohnraum" im Rahmen der Beschäftigungstherapie, der ein Novum innerhalb Österreichs darstellt. Gerade durch die veränderte Familienstruktur - die bisherige Großfamilie wurde durch die Industrialisierungswelle vernichtet - müsse die öffentliche Hand mehr denn je helfend eingreifen.

Was den Bekanntheitsgrad und die Aktivität der sozialen Dienste betrifft, so führen die Pensionistenheime vor der Urlaubsaktion, den Pensionistenklubs und der Ausflugsaktion, gefolgt von der Aktion "Essen auf Rädern", den Pflegeheimen und den Beratungsstellen. Die Maximen der Sozialarbeit müßten auch weiterhin "Hilfe ohne Diskriminierung" und "individuelle Hilfe" für den Einzelnen sein.

Grundsätzlich verwies Stadtrat Dr. Stacher in seinem Schlußwort auf seine bereits gemachte Aussage, zunächst die Diagnose stellen und dann die Therapie für eine Strukturänderung des Gesundheits- und Sozialwesens erarbeiten zu wollen. Ein medizinischer und sozialer Plan für eine Umstrukturierung fehle bisher, dies sei die Aufgabe für das nächste Jahr. Diese Strukturänderung müsse natürlich auch Detailfragen wie Privat- und Klassebetten, eine Umwandlung des Altersheimes Lainz in ein Geriatriespital und die Forcierung des Umbaus von Krankensälen in kleinere Einheiten (ein Großteil sei bereits umgebaut, derzeit seien 8 Säle in Arbeit) einschließen.

Zu den Vorwürfen von Frau Dr. Kars: Ihre grundlegenden Überlegungen seien richtig, ein einseitiger Vorwurf gegen die Gemeinde Wien sei jedoch nicht zielführend. Gemeinde, Ärztekammer und die Mitbürger müssen dazu beitragen, das Problem zu lösen.

Prästationäre Behandlung: Sie soll forciert werden, wie es bereits der Bürgermeister in seiner Antrittsrede angekündigt habe.

Ärztenotdienst: In etwa einem halben Jahr würde ein durchgehender Dienst, auch in der Nacht, zur Verfügung stehen. Einige noch offene Probleme könnten gelöst werden.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ wurde der Voranschlag der Geschäftsgruppe IV (Soziales und Gesundheit) angenommen. Der ÖVP-Abänderungsantrag betreffend Erhöhung der Mittel für bauliche Herstellungen fand keine Mehrheit. Ein FPÖ-Antrag und zwei ÖVP-Anträge werden zugewiesen, zwei FPÖ-Anfragen werden schriftlich beantwortet.

- - - - -

## Stadtgestaltung und Verkehr

=====

Wien, 17.12. (RK) Das zweite Referat am Montag hielt Stadtrat Ing. Fritz Hofmann zur Geschäftsgruppe V, Stadtgestaltung und Verkehr. Den Schwerpunkt seiner Ausführungen bildeten dabei die aus der weltweiten Treibstoffkrise resultierenden neuen Aspekte und Maßnahmen: Seiner Meinung nach sei diese Krise keineswegs bloß eine Episode, die zugleich mit der Beendigung der Nah-Öst-Krise vorbeigehen werde. Man stehe auf dem Energiesektor vor weitreichenden Veränderungen und einer mehrjährigen Anpassungsphase.

Schon die kurze Zeit eines spürbaren Engpasses habe der Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß die Wiener Massenverkehrsmittel im Ernstfall ungeheure Belastungen tragen müßten. Da gleichzeitig offenbar eine Eindämmung des Autokultes von der Öffentlichkeit akzeptiert werde, müßten nun vernünftige Lösungen anvisiert werden, um dem öffentlichen Verkehr eine weitere Vorrangstellung einzuräumen, und zwar nicht bloß langfristig, sondern ebenso kurz- und mittelfristig. Dabei dürfe freilich nicht übersehen werden, daß auch für die Zukunft eine zeitgemäße Grundausstattung an Straßen benötigt werde. Dabei werde Bedacht darauf zu nehmen sein, daß der überörtliche Verkehr gebündelt, die Störung der Wohnbereiche vermindert und der Individualverkehr aus überlasteten Gebieten und überall dort, wo durch öffentliche Verkehrsmittel eine ausreichende Versorgung geboten ist, zurückgedrängt wird. Vor allem gelte dies zunächst für den Bereich der City.

Die beste Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Verkehr, fuhr Hofmann fort, sei ein umfassendes Park-and-Ride-System. In den locker bebauten peripheren Zonen der Stadt sowie für den Erholungsverkehr sei das private Auto nur schwer zu ersetzen. Eine Zurückdrängung des Individualverkehrs aus den Zentralbereichen biete jedoch die Chance einer Wiedergewinnung der Urbanität und der Ausgestaltung des Stadtbildes. Zu den Maß-



nahmebündel sei außer den Fußgängerzonen auch der Garagenbau zu zählen.

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs müsse also forciert werden. Schon in nächster Zeit würden die zuständigen Organe der Stadt über weitere Ausbaumaßnahmen für die U-Bahn zu entscheiden haben. Zudem werde überall dort, wo es möglich und sinnvoll ist, die Straßenbahn durch die Schaffung eigener Bahnkörper oder von Straßenbahnstraßen ebenso wie durch ein Beschleunigungsprogramm forciert werden. In diesem Maßnahmenkatalog gehöre überdies auch die Weiterarbeit für einen Verkehrsverbund.

Trotz einem solchen eindeutigen Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr und der Zielsetzung, zu seinen Gunsten rasch Maßnahmen zu setzen, müsse die Planung jedoch weiterhin die Probleme der sogenannten Vollmotorisierung beachten. Vielleicht werde es zufolge der Energiekrise zu einer Verzögerung und möglicherweise auch zu Fahrzeugen mit veränderten Antriebsarten kommen, doch müsse der künftige Parkplatzbedarf bedacht werden. So fehlten vor allem 100.000 bis 120.000 Einstellmöglichkeiten für die Fahrzeuge der Wohnbevölkerung.

Was die Planung und Gestaltung von Fußgängerzonen im kommenden Jahr angehe, kündigte Stadtrat Hofmann die Ausgestaltung der Kärntner Straße samt einigen Seitengassen und eines Teiles der äußeren Favoritenstraße an. Zudem würden weitere Vorschläge für Fußgängerzonen und Verkehrsarme Zonen geprüft.

Hofmann erinnerte sodann daran, daß 1974 die 70. Wiederkehr der Festlegung des Wald- und Wiesengürtels durch den Wiener Gemeinderat sein werde. In diesem Zusammenhang würden zusätzliche Erweiterungen und Sicherungsmaßnahmen zur Abrundung des Wald- und Wiesengürtels, besonders in den Gebieten am linken Donauufer, wie zum Beispiel für den Bisamberg oder die Lobau, dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt. Auch von dem Wettbewerb für den Wiener Donaauraum erwarte er sich starke Impulse für die Ausgestaltung von Erholungsflächen und Freizeiteinrichtungen.

Selbstverständlich würden zur Sicherung des kulturellen Erbes Wiens weitere Schutzzonen, von denen es bereits elf gäbe, geschaffen werden. Die nächsten Vorhaben würden Mauer und Nußdorf betreffen.

Der Stadtrat gab in seinem Referat auch einen Rückblick über die Tätigkeit der alten Planungsgruppe und führte aus, daß unter anderem das Verkehrskonzept für Wien, die Leitlinien für die Wirtschaftspolitik und jene für die Stadtentwicklung vorgelegt worden seien. Die "Wiener Stadtentwicklungsenquete" habe überdies eine Fülle fruchtbarer Anregungen gebracht. In diesem Zusammenhang erklärte Hofmann, daß sich die Stadtverwaltung selbstverständlich um eine Fortsetzung des Partizipations- und Demokratisierungsprozesses bemühen werde. Dazu zählten auch Bürgerinitiativen. Freilich dürfe nicht übersehen werden, daß es immer wieder zu Interessenskollisionen zwischen kleineren lokalen Gemeinschaften und der Stadtverwaltung, die das Gesamtwohl im Auge haben müsse, kommen werde. Es würden jedoch alle Möglichkeiten der Dezentralisation gemeinsam mit den Bezirksvertretungen geprüft werden.

Hofmann hob auch die Bedeutung der Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich hervor, meinte jedoch, daß sich Niederösterreich in manchen Fragen deutlich zurückhalte.

Für den U-Bahn-Bau stünde 1974 ein Rekordbudget von 1.874 Millionen Schilling zur Verfügung. Im kommenden Jahr würden die Rohbauarbeiten zwischen Stephansplatz und Paulanergasse abgeschlossen, bis Mitte 1974 die Musterstation Taubstummengasse samt der Garage Waltergasse fertiggestellt, das sechsgeschossige Verkehrsbauwerk Südtiroler Platz im Rohbau vollendet und die Bauarbeiten im Bereich Graben-Stephansplatz zügig fortgesetzt werden. Im Frühjahr werde zudem der U-Bahn-Bau auch im Bereich Nestroyplatz, im Sommer im Abschnitt Landesgerichtsstraße-Deutschmeisterplatz seinen Anfang nehmen.

Für den Straßen- und Brückenbau - die Mittel des Bundes und der Stadt zusammengenommen - könnten 1974 1.146 Millionen Schilling ausgegeben werden. Fünf große Projekte würden im kommenden Jahr fertiggestellt werden: Das Straßensystem im Bereich der WIG, der Verteilerkreis der Autobahnanschlußstelle Favoritenstraße, die Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße, der Ausbau der Klosterneuburger beziehungsweise Heiligenstädter Straße und die Unterführung der Simmeringer Hauptstraße vor Schwechat.

Debatte "Stadtgestaltung und Verkehr"

Als erster Debattenredner vermißte Gemeinderat Doktor Hirnschall (FPÖ) die Konzentration in der Stadtplanung auf wesentliche Dinge. Durch viele und gar nicht wichtige Studien seien viel Zeit und Geld verzettelt worden, während so wichtige Fragen wie etwa die des S-Bahn-Ausbaues und im speziellen die Nutzung der Vorortlinie bislang unbeantwortet geblieben seien. Auch was den Verkehrsverbund anlange, habe man Zeit vertan und zudem habe es den Anschein, daß die ÖBB offenbar ihre eigenen Chancen nicht erkennen. Dabei sei es gerade heute von größter Wichtigkeit, dem Autofahrer entsprechende Alternativen anzubieten, wofür die Straßenbahn wohl nur vereinzelt geeignet sei. Hirnschall stellte den Antrag, der Stadtsenat solle Verhandlungen mit der Bundesregierung über den Ausbau der S-Bahn aufnehmen.

Auch der Individualverkehr sei planerisch nicht gut erfaßt. Das Bundesstraßengesetz 1971 würde bei einer völligen Realisierung mehr Schaden als Nutzen stiften. Trotzdem habe die Stadtplanung bisher nichts zu seiner Novellierung unternommen. Seiner Meinung nach sei eine Reihe von Vorhaben unnötig und daher beantrage er eine Reduzierung des vorgesehenen Stadtautobahn- und Schnellstraßennetzes. Auch beim Hochwasserschutz und Inselprojekt scheine das Baugeschehen der Planung davonzulaufen. Noch immer fehle ein Gutachten über die Ökologie und die Hearings, von denen eines schon stattgefunden habe, kämen um Jahre zu spät. Ähnliches gelte auch für die Planung der zweiten Piste des Wiener Flughafens. Schließlich warf Dr. Hirnschall noch die Frage auf, ob alle Mitglieder des Fachbeirates für Stadtplanung die gesetzliche Voraussetzung erfüllen, daß sie nämlich in keinem rechnungspflichtigen Verhältnis zur Stadt stehen.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) meinte, gerade im Planungsgeschehen müsse der Informationsgrad für alle gleich sein. Er bemängelte es, daß noch immer das städtebauliche Grundkonzept Roland Rainers aus dem Jahr 1961 als Basis für alle Vorhaben gelte, obwohl es doch so flexibel gefaßt sei, daß es auf alles passe. Es sei also ein neuer Generalplan nötig. Bezüglich der Entwicklungsplanung sei es so, daß zwar zahlreiche Aufträge vergeben seien, aber dem Gemeinde-

rat noch immer kein Plan vorgelegt worden sei. So gebe es beispielsweise ein Entwicklungskonzept für die City, das Wiental und den Donaukanalbereich, die offenbar derzeit von der Verwaltung bearbeitet würden. Seiner Meinung nach sollten prinzipiell solche Studien dem zuständigen Ausschuß zugleich mit den von der Verwaltung erarbeiteten Alternativvorschlägen vorgelegt werden.

Dr. Peter Mayr bemängelte überdies, daß beispielsweise zwar verschiedene Detailaufträge für die Gestaltung der Fußgängerzonen in den verschiedenen Ausschüssen behandelt worden seien, kein Gremium jedoch mit der Gesamtplanung befaßt worden sei. Was den Karlsplatz angehe, so gebe es zwar viele Pläne, aber kein Gesamtkonzept. Im Zusammenhang mit den diversen Bezirksplänen stellte der Redner den Antrag, die von der Stadt erworbenen Wienerberggründe sollten zu einem Naherholungsgebiet ausgebaut werden.

GR. Krenn (FPÖ) machte aufmerksam, daß auf einem Areal im 3. Bezirk, das als Grünland gewidmet ist, für die Unido ein Bürogebäude errichtet werden soll, und brachte die schriftliche Anfrage ein, was zum Schutz dieser Grünzone unternommen werden wird.

Im Anschluß daran beschäftigte sich GR. Daller (ÖVP) mit der Sanierung der Alten Donau. Im kommenden Budget sei kein Geld dafür vorgesehen. Die Öffentlichkeit sei in den vergangenen Jahren mehrmals über die Qualität des Wassers getäuscht worden, indem nur günstige Untersuchungsergebnisse veröffentlicht worden seien. Der Redner verlangte eine ständige Kontrolle der Wasserqualität und die Veröffentlichung der Ergebnisse. Auf den Bau der zweiten Flugpiste zu sprechen kommend, erklärte Daller, daß nach einem Gutachten von Professor Bruckmayer durch die Piste 16/36 mehr Menschen von dem Lärm betroffen würden als durch die verschwenkte Piste 01/19. Es sei überdies unbegreiflich, daß die Gemeinde Wien im Bereich der Einflugschneise zwei große Wohnhausanlagen in der Ziegelhofstraße und in der Quadenstraße beschlossen habe.

Planung werde von Menschen für Menschen gemacht, Menschen könnten aber Fehler machen, erklärte GR. Hermine Fiala (SPÖ) in ihrem Beitrag, in dem sie ausführlich auf die Ergebnisse der heuer abgeschlossenen Stadtentwicklungsenquete einging. Für die künftige Stadtstruktur werde es von großer Bedeutung sein, daß keine Bevölkerungsgruppen in eine Isolierung geraten, sei es dem Alter,

der Herkunft oder dem Berufe nach. Auf eine Erweiterung der Bildungseinrichtungen, von den Kindergärten bis zu den Institutionen der Erwachsenenbildung werde ebenso großer Wert zu legen sein wie auf maximale Freizeiteinrichtungen. Neben dem Ausbau der Massenverkehrsmittel müßte für den Individualverkehr ein System gebündelter Verkehrsträger ausgebaut werden. Für die Entwicklung der Wirtschaft sei mit der Aktion der Betriebsansiedlungen zweifellos der richtige Weg eingeschlagen worden. Neben reiner Luft, reinem Wasser und Schutz vor dem Lärm müßten den Wienern relative Sicherheit vor Umweltgefahren geboten werden, deshalb bekennen sich die Sozialisten zum Projekt des absoluten Hochwasserschutzes.

Zur Stadtentwicklung sei es notwendig, die Mitsprachemöglichkeiten der Bezirksvertretungen aber auch der betroffenen Bürger selbst zu erweitern. Zur Stadterneuerung werde es aber vordringlich sein, mit dem Bodenwucher Schluß zu machen. Es sei zu hoffen, daß das Parlament ein Bodenbeschaffungsgesetz bald beschließen werde.

GR. Hoffmann (ÖVP) beschäftigte sich mit der Verkehrsplanung sowie deren Verwirklichung. Auch er sei für eine Vorrangstellung des öffentlichen Verkehrs und eine Verminderung des Individualverkehrs. Jedoch dürfe keine "Brückenverbrennung" beim Individualverkehr einsetzen, ansonsten würden die Gemeinderäte einmal aus ihren Bänken verjagt, wenn einmal - wovon er überzeugt sei - ein neuer Treibstoff gefunden sein würde. Hoffmann bedauerte, daß dem Gemeinderat das Straßenbaukonzept des Bundes nie vorgelegt worden sei und beklagte es, daß zur Schaffung der vom Stadtrat als notwendig bezeichneten Parkplätze für die Wohnbevölkerung keine Mittel vorgesehen seien.

Ob nun die Gürtelautobahn und die Donaukanal-Schnellstraße gebaut werden, wollte der Redner vom Stadtrat erfahren und auch, wann endlich die Planung für den Verkehrsknoten Philadelphiabrücke, die gleichsam ein Beweis für das Versagen von "roten" Planungsstellen untereinander darstelle, fertig werde. Was den U-Bahn-Bau angehe, so sei auch seine Fraktion für dessen Forcierung. Hoffmann stellte den Antrag, die U 1 vom Reumannplatz nach Ober-Laa zu verlängern und auf der Donauländebahn einen S-Bahn-Betrieb aufzunehmen. Der städtische Brückenbau, fuhr er fort, sei gleichsam von Schwindsucht betroffen, weil sein Budget immer geringer werde. Das gleiche

treffen für den städtischen Straßenbau zu, dessen Anteile am Gesamtbudget von 1971 bis 1974 von 1,42 auf 1,09 Prozent gesunken sei. Dabei sei nicht einmal die Preissteigerung im Tiefbau von 40 Prozent berücksichtigt. Von den steigenden Wiener Anteilen an den Erträgen der Mineralölsteuer profitiere also der städtische Finanzreferent.

Wenn nunmehr Planung und Baudurchführung in einer Geschäftsgruppe vereinigt sind, so werde das die Fertigstellung von Vorhaben wesentlich beschleunigen, erklärte GR. Ing. Nedwed (SPÖ).

In der Stadtplanung werde man weiterhin daran festhalten, die Untersuchungen von Wissenschaftlern heranzuziehen. Wertvolle Dienste haben in dieser Hinsicht bereits bisher das Institut für Stadtforschung, das Institut für Raumplanung, Hochschulinstitute und Planungsbüros geleistet. Was die Stadtentwicklung betreffe, werde der Stadterneuerung zweifellos der Vorrang einzuräumen sein. Grundvoraussetzung dafür sei aber ein entsprechendes Bodenbeschaffungsgesetz. Mit dessen Hilfe werde es auch möglich sein, starke soziale Differenzierungen, die es noch immer in verschiedenen Stadtgebieten gebe, schrittweise aufzuheben. Mehr Mitbestimmung werde es geben müssen. Das werde aber vor allem eine Frage sein, die im Bereich der Bezirksvertretungen zu lösen sei. Mitbestimmung dürfe kein Tummelplatz für Sektierer und Vereinsmeier werden. Interessensgruppen, deren Interessen durch irgendwelche Vorhaben beeinträchtigt würden, könnten jedoch, einer Ankündigung von Bürgermeister Gratz entsprechend, mit der Unterstützung der Stadtverwaltung rechnen.

Zum Verkehrsproblem meinte der Redner, daß das Umdenken bereits eingesetzt habe, wonach dem öffentlichen Verkehr ein Vorrang eingeräumt werden müsse. Andererseits könne es nicht zur totalen Einschränkung des Individualverkehrs kommen, schon deshalb, weil 42 Prozent davon auf den Wirtschaftsverkehr entfallen. Eine starke Verbesserung werde die U-Bahn bringen. Durch Vorverlegung der Eröffnung der ersten Linien werde die Bevölkerung mehr Verständnis für die Behinderungen und Belästigungen im Zuge der Bauarbeiten aufbringen.

Daß in Wien die U-Bahn langsamer gebaut werde als anderswo, stimme einfach nicht, betonte der Redner. Neben Spitzenleistungen beim Tunnelvortrieb von 20 Meter pro Tag hätten Durchschnittsleistungen von 9,5 bis 10 Meter erzielt werden können. An der Oberfläche sei freilich die Leistung nicht im vollen Ausmaß erkennbar. Man sehe zum

Beispiel nicht, daß die U-Bahn-Röhren vom Stephansplatz bis zum Columbusplatz bereits vorgetrieben sind. Es sei auch kein Zufall, daß aus aller Welt Techniker und Fachleute nach Wien kommen - bereits mehr als 8.000 - die unsere Baumethoden studieren. Unseren Technikern und Arbeitern und allen Mitarbeitern auf den U-Bahn-Baustellen sei daher der herzlichste Dank auszusprechen.

Als letzter Debattenredner meldete sich noch einmal GR. Daller (ÖVP), der sich neuerlich mit der zweiten Piste für Schwechat befaßte und erklärte, aus dem Akt gehe hervor, daß eine Verschwenkung günstiger sei als die vorgesehene Piste. Außerdem habe sich auch Bürgermeister Gratz für eine Prüfung eingesetzt.

Im Schlußwort ging Stadtrat Ing. Hofmann auf die an ihn gestellten Fragen ausführlich ein: Bei der Gürtelautobahn müsse man heute Überlegungen anstellen, doch sei auch der heutige Zustand unbefriedigend. Die S 2 (Donaukanalschnellstraße) wiederum sei so vorgesehen, daß sie im dicht verbauten Gebiet als Einbahn auf den heutigen Straßenflächen geführt werden soll. Was die beiden neuen Donaukanalbrücken angehe, seien Verhandlungen im Gange, damit der Bund deren Finanzierung übernehme. Für den Verkehrsknotenpunkt Philadelphiabrücke gebe es eine Reihe von Vorschlägen, und es werde eine große Lösung angestrebt. Keineswegs könne man von einer Diskoordinierung zwischen den ÖBB und den Wiener Planungsstellen sprechen, wie ja überhaupt die Gesprächsbereitschaft mit Wien erst seit der Ministerschaft Frühbauer beziehungsweise Lanc besser geworden sei.

Das Grundnetz der U-Bahn, fuhr Hofmann fort, solle bis 1980 in Betrieb stehen, der erste Teil trotz technischer Schwierigkeiten schon Ende 1977 benützt werden können. Was die Verlängerungen beziehungsweise die zweite Ausbaustufe angehe, so würden demnächst die zuständigen Gremien über fünf verschiedene Varianten zu entscheiden haben.

Die Sicherung des Bestandes der Alten Donau sei am besten durch das jetzt in Ausführung begriffene Hochwasserschutzprojekt gewährleistet.

Wegen der zweiten Flugpiste für Schwechat seien neuerliche Gespräche mit dem Bund im Gange. Es soll ein zusätzliches Gutachten erstellt werden, weil gewisse Zweifel an den vorhandenen Expertisen aufgetaucht seien.

Auch er sei mit dem Städtebaulichen Konzept aus dem Jahr 1961 unzufrieden und habe deshalb die Diskussion über die Leitlinien eingeleitet, erklärte der Stadtrat. Er hoffe auf einen Abschluß im kommenden Jahr. Zum Ankauf der Wienerberggründe: ein Teil davon sei ohnedies als Wald- und Wiesengürtel gewidmet. Die Behandlung der City-Fragen, hob Hofmann hervor, würde einvernehmlich mit der Kammer geschehen, wobei die jetzige Kompetenzaufteilung die ehemalige Zersplitterung aufgehoben habe. Beim Verkehrsverbund sei man durch den Vorvertrag mit dem Bund einen Schritt weitergekommen, doch müsse man sich darüber im klaren sein, daß der Verbund nicht bloß einer zwischen den ÖBB und den Wiener Verkehrsbetrieben, sondern einer zwischen Bund, Wien, Niederösterreich und Burgenland im Interesse der Konsumenten und nicht der Verkehrsträger sein müsse. Das Bundesstraßengesetz 1971 solle man seiner Meinung nach schon deshalb in den Grundzügen nicht antasten, weil die Vorhaben in den beiden ersten Dringlichkeitsstufen tatsächlich für Wien vordringlich seien.

Auch bei der Neufassung der Wiener Bauordnung müsse man sich fragen, ob man vom Grundsatz des heiligen Grundeigentums nicht abgehen müsse, damit nicht bloß die zufälligen Grundeigentümer sondern die wirklich betroffenen ein Mitspracherecht erhalten könnten. Er, fuhr Hofmann fort, bekenne sich zu den strengen Sicherheitsbestimmungen in der Bauordnung und daher auch dazu, daß die Errichtung von Kaminen auch in zentralbeheizten Wohnhäusern notwendig sei. Als seinerzeit im zuständigen Ausschuß die Baupolizei von dem Verzicht auf die Kannbestimmung berichtete, hätte dem auch der heutige Stadtrat Neusser zugestimmt, der in der Fernsehsendung eine andere Rolle gespielt habe.

Auch die Stellung der Mitglieder des Fachbeirates müsse bei der Neufassung der Bauordnung überlegt werden. Es dürfe jedoch nicht zu einer negativen Auslese kommen.



Was schließlich den beabsichtigten Bau eines UNIDO-Gebäudes betreffe, so wisse er davon, und auch davon, daß das Bauvorhaben mit einer geringfügigen Abweichung der heutigen Widmung entspreche. Er würde mit dem Bezirksvorsteher, der einen Einspruch erhoben habe, weitere Gespräche führen, kündigte Hofmann an.

Abstimmung: Die Ansätze des 5. Hauptstückes wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Zuweisung der Anträge an die Ausschüsse erfolgte einstimmig.

Die Beratungen über das Wiener Budget werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit den Kapiteln 6, Umwelt und öffentliche Einrichtungen (Referent Stadtrat Peter Schieder) und 7, Wohnen und Liegenschaftswesen (Referent Vizebürgermeister Hubert Pfoch) fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

k o m m u n a l :

=====

6,5 millionen fuer fussgaengerzone

8 wien, 17.12. (rk) fuer die ausgestaltung der fussgaengerzonen in der kaerntner strasse, der aeusseren favoritenstrasse und auf dem rathausplatz hat der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr am montag insgesamt 6,5 millionen schilling genehmigt.

ueberdies wurde eine beteiligung der stadt wien an einer umwelt-schutzausstellung beschlossen, die gemeinsam von der gemeinde und dem wirtschaftsfoerderungsinstitut im foyer der wiener stadthalle in der zeit vom 4. jaenner bis 10. maerz abgehalten wird. die kosten dafuer werden 250.000 schilling betragen.

1117

w i r t s c h a f t :

=====

zusaetzliche fahrzeuge fuer die verkehrsbetriebe

14 wien, 17.12. (rk) stadtrat franz nekula verhandelte montag mit vertretern der wiener fahrzeugbau-industrie ueber zusaetzliche auftraege, die von den wiener verkehrsbetrieben vergeben werden. die bestellungen von weiteren strassenbahnwagen und autobussen erfolgen im rahmen des erneuerungs- und erweiterungsprogramms der verkehrsbetriebe. stadtrat nekula hat mit finanzstadtrat hans mayr vereinbart, dass dafuer zusaetzlich 143 millionen schilling fluessig gemacht werden. dieser betrag soll nicht nur der verbesserung des oeffentlichen verkehrs dienen, sondern auch einen impuls fuer die einschlaegige industrie bringen, deren entwicklung derzeit unbefriedigend ist.

1415

L o k a l :

=====

## 26 zentimeter schnee in wien

13 wien, 17.12. (rk) seit einbruch des winters sind in wien 26 zentimeter schnee gefallen, allein in der nacht auf samstag 12 zentimeter. wie immer, so waren auch diesmal insbesondere die westlichen randbezirke stark betroffen. heute, montag, begann es um 5.30 uhr bei einer temperatur von plus 5 grad celsius zu regnen. das vorlaeufige ende des schneefalls bedeutet aber nicht, dass die stadtverwaltung es leichter haette, die strassen fuer den verkehr von schnee und schneematsch freizuhalten. am montag waren insgesamt 1.253 betriebsbeamte und arbeiter mit der reinigung der strassen beschaeftigt. 29 schneepfluege sind im einsatz, ferner 13 streufahrzeuge und 16 lastkraftwagen.

1409